



octopusenergy

Treuestrafe bei Bestandskunden von Strom- und Gastarifen



1. Ausgangslage: 30 Millionen Kunden zahlen jährlich bis zu 11 Mrd Euro zu viel

Der deutsche Endkundenmarkt für Strom und Gas weist strukturelle Ineffizienzen auf. Diese führen zu einer systematischen Benachteiligung von Kund*innen, die wenig oder gar nicht wechseln. Eine Untersuchung der RWTH Aachen im Auftrag von Octopus Energy quantifiziert die Mehrkosten für private Haushalte, die aus diesen Preisdifferenzen (in der öffentlichen Debatte oft als „Treuestrafe“ oder „Loyalty Penalty“ bezeichnet) resultieren, auf jährlich rund **11 Milliarden Euro**. Hiervon sind bundesweit **30 Millionen Haushalte** betroffen.

Hauptgrund ist eine unfaire Preisgestaltung: Energieanbieter locken Neukunden oft mit sehr günstigen Tarifen. Die Verluste dabei werden durch deutlich höhere Preise für treue Bestandskunden ausgeglichen. Zudem fehlen auf den jährlichen Abrechnungen oft klare Informationen, sodass Kunden den Preisunterschied kaum bemerken – was einen Anbieterwechsel zusätzlich erschwert. Davon sind vor allem ältere Menschen und vulnerable Gruppen betroffen, die so unfreiwillig eine Treuestrafe zahlen.

2. Internationaler Vergleich: Das Beispiel Großbritannien

Im Vereinigten Königreich wurde eine vergleichbare Marktkonstellation politisch bereits adressiert. Um der zunehmenden Spreizung zwischen Neu- und Bestandskundentarifen entgegenzuwirken, führte die britische Regierung 2019 eine Preisobergrenze (den Standard Variable Tariff Cap) für Haushaltskunden ein. Dieser Preisdeckel begrenzt die Margen, die Energieversorger bei inaktiven Kundinnen und Kunden erzielen dürfen.

Die Festlegung erfolgt quartalsweise auf Basis der tatsächlichen Beschaffungskosten zuzüglich einer regulierten Marge. Auswertungen zeigen, dass Haushalte im ersten Jahr der Umsetzung durchschnittliche Einsparungen von **75 bis 100 Pfund** verzeichnen konnten. Die britische Regulierungspraxis demonstriert, dass gesetzgeberische Eingriffe zur Reduzierung struktureller Preisdiskriminierungen wirksam umgesetzt werden können.

Ein weiteres Beispiel für mehr Transparenz auf dem Strommarkt: In Italien müssen Energieversorger der Regulierungsbehörde ARERA Daten zu Kundenstruktur, Preisen nach Kundentyp und Wechselverhalten melden. Über das staatliche Portal „Portale Offerte“ sind zudem sämtliche aktiven Stromtarife aller Anbieter öffentlich einsehbar.

3. Handlungsbedarf und politische Lösungsvorschläge für Deutschland

Um die privaten Haushalte effektiv zu entlasten und einen faireren Wettbewerb zu gewährleisten, ist eine umfassende Preistransparenz für Strom- und Gaskund*innen notwendig. Informationsasymmetrien sollten abgebaut werden: für Verbraucher*innen, aber auch damit Aufsichtsbehörden den Markt besser beobachten können.

Sinnvoll sind insbesondere:

a) Meldepflicht für Preise nach Kundengruppen:

Energieversorgungsunternehmen sollten gesetzlich verpflichtet werden, ihre durchschnittlichen Preise, differenziert nach Tarif- und Kundensegmenten, regelmäßig an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Dies schafft die notwendige Datengrundlage, um die Ausprägung von Bestandskundenaufschlägen objektiv bewerten zu können.

Vorschlag: Ergänzung des § 35 EnWG um eine segmentierte Preisberichtspflicht.

b) Ausweisung des Neukunden-Vergleichspreises auf der Abrechnung:

Verbraucher*innen sollten auf ihrer Jahresabrechnung transparent darüber informiert werden, welchen Arbeits- und Grundpreis das eigene Versorgungsunternehmen aktuell für Neukunden im selben Netzgebiet bei gleichem Jahresverbrauch aufruft. Diese Maßnahme verlagert die Bringschuld auf den Anbieter, der seinen günstigsten Tarif ausweisen muss, und stärkt die Marktposition von Haushaltskunden.

Vorschlag: Ergänzung des Pflichtangaben-Katalogs für Energierechnungen in § 40 EnWG um eine Best-Tarif-Mitteilung nach Vorbild des § 57 Abs. 3 (Telekommunikationsgesetz).

Fazit:

Durch gezielte Anpassungen der Transparenzvorgaben im Energiewirtschaftsgesetz lassen sich bestehende Informationsasymmetrien im Endkundenmarkt effizient reduzieren. Diese Maßnahmen stärken die Position der Verbraucher*innen und befähigen die Marktaufsicht zu einer fundierten Bewertung der Wettbewerbsintensität, ohne dass direkte Preiseingriffe des Staates erforderlich sind.



octopusenergy